

727/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 16.11.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten DDr. Niederwieser

und GenossInnen

betreffend 800 zusätzliche Lehrerinnen-Dienstposten für Integrationsunterricht

„Die Integrationsfrage und Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache ist ein Problem, das dringend gelöst werden muss“, betonte der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, LH Dr. Jörg Haider, am 4. November 2005 im Anschluss an die Herbsttagung der Landeshauptleute. Seitens der Landeshauptleutekonferenz wurde dazu eine Resolution einstimmig verabschiedet. Darin heißt es, dass der Deutsch-Unterricht für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache aus den Landesbudgets finanziert werde, obwohl dies eine ursächliche Bundesaufgabe sei. Daher sei für die tatsächliche Anzahl ausländischer SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache die entsprechende Anzahl an LehrerInnen-Dienstposten in allen Bundesländern zur Verfügung zu stellen. Das Problem mangelnder Sprachkenntnis stelle eine Bildungsbarriere dar und führe direkt in die Arbeitslosigkeit. Bundesweit liege der Bedarf bei bis zu 800 Integrations-LehrerInnen. Österreich sollte sich der Aufgabe der Integration stellen, Ghettoisierung und Ausgrenzung müssen verhindert werden. Gerade das Beispiel der aktuell ausgebrochenen Unruhen in Frankreich zeige die Probleme auf, wenn das Entstehen von Parallelgesellschaften nicht rechtzeitig verhindert würde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, 800 LehrerInnen-Dienstposten insbesondere für die Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache zur Verfügung zu stellen.“

Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss